

**Rede
des sozial- und gesundheitspolitischen Sprechers**

Uwe Schwarz, MdL

zu TOP Nr. 34

**Haushaltsberatungen 2019 - Haushaltsschwerpunkt
Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**

während der Plenarsitzung vom 11.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich danke zunächst unserer Sozialministerin, Frau Dr. Reimann, und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die wie immer gute Vorbereitung und Begleitung der Haushaltsberatungen im Fachaus-schuss. Ich bin mir sicher, dass dies dazu beigetragen hat, dass das mit Abstand die schnellsten bzw. kürzesten Beratungen im Sozialausschuss waren, jedenfalls so lange, wie ich mich zurückerinnern kann. Und Sie wissen, ich kann mich lange zurückerinnern.

Der Sozialhaushalt ist mit knapp 5,1 Milliarden Euro wieder der zweitgrößte Einzeletat in Niedersachsen. Das macht deutlich: Sozialpolitik mit ihren Bereichen Gesundheit, Behindertenhilfe, Senioren, Familie, Jugend, Frauen sowie Migration und Integration bleibt einer der großen Schwerpunkte auch dieser Landesregierung.

Sehen wir uns die Änderungsanträge der Opposition von Grünen und FDP an! Es gibt in Wirklichkeit keine gravierenden Unterschiede. Für die dritte Oppositionsfraktion gilt dies allerdings eindeutig nicht. Die AfD braucht nur an irgendeiner Stelle das Wort Ausländer oder Migranten zu lesen, und schon setzt bei Ihnen der Pawlowsche Reflex ohne jeden Sinn und Verstand ein.

Da werden selbst Mittel für die Sprachförderung, für die Migrationsberatung oder für die Sinti und Roma auf null gesetzt. Ja, das wird sogar dann gemacht, wenn es sich um mehrjährige Förderprogramme handelt, bei denen viele Menschen beschäftigt sind, die man nicht über Nacht entlassen kann. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine extrem brutale Form Ihrer sozialen Kälte.

In Wahrheit machen Sie etwas ganz anderes. Sie schüren bewusst Zwietracht und Neid in der Hoffnung, damit Stimmen fangen zu können. Sie können sicher sein, dieses Vorgehen wird Ihnen nicht gelingen. Es wird den erbitterten Widerstand aller demokratischen Gruppierungen und Fraktionen in diesem Haus finden. Wir als SPD werden ganz vorne dabei sein.

In Niedersachsen sind 10 Prozent unserer Bevölkerung schwerbehindert. Für diesen Personenkreis stehen 2019 2 Milliarden Euro, also rund 40 Prozent des gesamten Sozialhaushalts, zur Verfügung - eine gewaltige Summe. Mit der Schaffung des neuen Bundesteilhabegesetzes wird zukünftig die Förderung einzelner Betroffener in den Vordergrund gestellt. Die Umsetzung in Landesrecht werden wir 2019 zu regeln haben. Das ist mit Sicherheit kein einfaches Gesetzgebungsvorhaben. Dieses Jahr wurde die Barrierefreiheit für das Internet und mobile Geräte gesetzlich festgeschrieben. Darüber hinaus hat die Landesregierung gerade den zweiten Landesaktionsplan, den Landesaktionsplan 2019/20, beschlossen. Der alte Aktionsplan, der erste, der für die Jahre 2017/2018 aufgestellt wurde, ist zu 93 Prozent umgesetzt worden. Ich finde, das ist ein wirklich toller Erfolg, vor allen Dingen für die betroffenen Menschen, meine Damen und Herren.

In den vergangenen 15 Jahren hat uns kein sozialpolitisches Thema hier so häufig beschäftigt wie die Situation in der Pflege. Es geht und ging um höhere Wertschätzung, bessere Bezahlung und mehr Fachkräfte in der Pflege. Ich erinnere u. a. auf Landesebene an die Einführung der Schulgeldfreiheit und alternativer Wohnformen sowie die Stärkung ambulanter Pflege im ländlichen Raum.

2020 wird nun endlich die gemeinsame Pflegeausbildung für alle Pflegeberufe umgesetzt. Dem Sozialausschuss liegt bereits heute der Gesetzentwurf für eine Stiftung vor, um damit das Berufsbild Pflege weiter stärken zu können. Das alles hat sich wirklich intensiv in Niedersachsen gelohnt. So konnte die Zahl der Auszubildenden in der Altenpflege von 5.600 im Jahre 2010 auf immerhin 7.300 Schülerinnen und Schüler im Jahr 2017 gesteigert werden. Das reicht immer noch nicht aus, aber eine Steigerung um 30 Prozent ist schon, wie ich finde, eine ordentliche Hausnummer, und darauf kann die ansonsten so gescholtene Politik durchaus einmal selbstbewusst hinweisen.

Zur Sicherung der stationären und medizinischen Versorgung haben wir gestern hier gemeinsam die Enquete auf den Weg gebracht. Die jetzige

Regierungskoalition ist das erste Bündnis, das bundesweit den Mut aufbringt, dieses wichtige Thema grundsätzlich und einmal ganzheitlich anzugehen.

Darüber hinaus hat die Regierung Weil in der vergangenen Legislaturperiode damit begonnen, den gewaltigen Investitionsstau bei den niedersächsischen Krankenhäusern abzubauen. Diese Politik setzt die Große Koalition nun fort. Mit Strukturmitteln des Bundes, dem Sondervermögen, mehr Landesmitteln und der Bettenpauschale stehen ab 2019 pro Jahr ca. 360 Millionen Euro zur Verfügung, also bis zum Jahre 2022 insgesamt 1,45 Milliarden Euro für die Modernisierung und Neuausrichtung unserer Krankenhäuser. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das größte Krankenhausinvestitionsprogramm in der Geschichte Niedersachsens, und ich finde, darauf darf die Koalition aus SPD und CDU durchaus stolz sein.

Außerdem werden wir 2019 beginnen, Modelle zu fördern, um die Betreuung von Demenzerkrankten in Krankenhäusern zu verbessern. 70.000 an Demenz leidende Menschen werden jedes Jahr in unseren Krankenhäusern behandelt, aber nur 10 Prozent davon wegen dieser Erkrankung und 90 Prozent wegen einer anderen Akuterkrankung. Den damit verbundenen Betreuungsaufwand können die meisten Krankenhäuser nicht sicherstellen, weil z. B. Sitzwachen am Bett fehlen. Deshalb sollen hier Modelle im Interesse der Patienten neue Wege in Niedersachsen eröffnen.

Mit 1 Million Euro Landesmittel verbessern wir zusammen mit der Kassenärztlichen Vereinigung die hausärztliche Versorgung, und mit dem außerdem vorliegenden Antrag werden wir gleichzeitig auch den öffentlichen Gesundheitsdienst stützen und versuchen, ihn wieder zu stärken.

Mit dem Haushalt 2019 beginnen wir auch mit der Umsetzung des in der vergangenen Legislaturperiode neu erstellten Landespsychiatrieplans. Angesichts der deutlichen Zunahme von psychischen Erkrankungen wollen die Koalitionsfraktionen mit 420.000 Euro die Schaffung von Gemeindepsychiatrischen Zentren beginnen. Das hat sicherlich die Kollegin Janssen-Kucz im Haushalt überlesen. Gleichzeitig haben wir uns die Novellierung

des Niedersächsischen Psychiatriegesetzes vorgenommen. Das ist kein ganz kleines Gesetzesvorhaben, wie nicht nur Fachleute wissen.

Im Bereich des Maßregelvollzuges bitten wir die Landesregierung um die zeitnahe Vorlage eines Konzeptes zur Weiterentwicklung. Dabei soll auch geklärt werden, warum andere Bundesländer mit einer kürzeren Verweildauer vergleichbare Therapieerfolge erzielen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

neben all diesen Verbesserungen in der Gesundheitsvorsorge ist die Einführung der Schulgeldfreiheit für die Ausbildung von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Logopäden und Podologen ab dem Ausbildungs-jahr 2019/2020 die nachhaltigste sozialpolitische Entscheidung von SPD und CDU.

Schülerinnen und Schüler dieser Heilberufe müssen je Fachrichtung während ihrer Ausbildung bis zu 25.000 Euro bezahlen. Gleichzeitig wächst aber der Bedarf an zusätzlichen Fachkräften. Während der Bundestag gerade für nächstes Jahr eine weitere Anhebung der Vergütungen für physiotherapeutische Leistungen beschlossen hat, wird Niedersachsen bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung für die vorab genannten Berufsgruppen vollständig das Schulgeld übernehmen. Im Einstiegsjahr wird der Landeshaushalt zwar mit rund 1,5 Millionen Euro belastet, wenn allerdings alle Jahrgänge dann schulgeldfrei sind, macht das mindestens 15 Millionen Euro aus. Dies ist eine gewaltige finanzielle Herausforderung, aber ein identisches Vorgehen in der Altenpflege hat bewiesen, dass durch die Schulgeldfreiheit das größte Hindernis der Nachwuchsgewinnung beseitigt wurde. Mit diesem Kraftakt leistet die Koalition einen weiteren wichtigen Beitrag zur medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung.

Mit dem Haushalt 2019 haben wir auch die direkten Mittel für den Kinderschutzbund von 140.000 auf 265.000 Euro fast verdoppelt. Damit werden die zentrale Arbeit des Kinderschutzbundes als Träger des Kinderschutzzentrums Hannover, des Kinder-Haben-Rechte-Preises oder Aktionen gegen Kinderarmut und für kommunale Beteiligungsrechte ausdrücklich hervorgehoben. Gleiches gilt

übrigens auch für die Erhöhung der Mittel für die Familienverbände und die Familienbildungsarbeit.

Ein großes Engagement haben wir von zahlreichen Jugendverbänden und Tausenden von einzelnen Jugendlichen beim Kampf um mehr Jugendbildungsmittel erlebt. Die Koalition begrüßt den Einsatz und vor allen Dingen die Form des Protestes der Jugendlichen. Sie haben politisch engagiert ihre Interessen vertreten und dabei nicht auf Krawall, sondern auf Dialog gesetzt. Ich finde, so manche dumpfen populistischen Schreihälse in unserem Land könnten sich von dem Vorgehen der Jugendlichen eine Scheibe abschneiden, meine Damen und Herren.

Wir versuchen mit einer kräftigen Erhöhung der Jugendbildungsmittel von immerhin 700.000 Euro hier eine deutliche Verbesserung zu erreichen. Kinder sind, wie wir wissen, ein Geschenk für die Zukunft unseres Landes, allerdings sind sie auch immer noch ein zentrales Armutsrisiko, vor allem für Alleinerziehende.

Die Schaffung kostenfreier Kinderbetreuung ist ohne Frage ein richtiges und wichtiges Instrument. Gleichzeitig sind die Kinderregelsätze aber nicht auskömmlich. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabegesetz des Bundes hat hier nur unzureichend Hilfe gebracht und bedeutet darüber hinaus für betroffene Kinder häufig eine öffentliche Demütigung.

Unser Landtag hat schon in der letzten Legislaturperiode eine Kindergrundsicherung und bis dahin eine Anhebung der Kinderregelsätze gefordert. Ich begrüße daher ausdrücklich, dass es unserer Sozialministerin, Frau Reimann, vergangene Woche auf der Sozialministerkonferenz gelungen ist, erstmals in dieser Runde eine Mehrheit für eine Kindergrundsicherung zu bekommen. Wir hoffen, dass bald schnelle Ergebnisse der Länderarbeitsgruppe vorliegen, weil die Zeit an dieser Stelle wirklich drängt. Langzeitarbeitslosigkeit, Armut und Wohnungslosigkeit hängen für Erwachsene häufig eng zusammen. Trotz Fachkräftemangels in nahezu allen Branchen gibt es nach wie vor eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit. Deshalb hatte Niedersachsen mit dem

Doppelhaushalt 2017/2018 sowohl im Wirtschafts- als auch im Sozialministerium jeweils 10 Millionen Euro zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt. Zwischenzeitlich verstärkt auch die Bundesregierung ab 2019 deutlich ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit. Damit es jedoch bis zum Greifen dieser Programme nicht zu Brüchen für die Betroffenen kommt, werden die Programme in Niedersachsen mit dem Haushalt 2019 fortgeführt. Frau Piel, allein im Sozialministerium stehen dafür noch fast 5 Millionen Euro zur Verfügung.

Gleichzeitig bitten wir die Landesregierung in dem heute vorliegenden Antrag, ein niederschwelliges Maßnahmenpaket für Wohnungslose zu entwickeln und dabei die besonderen Bedarfe wohnungsloser Frauen sowie junger Menschen unter 25 Jahren zu berücksichtigen.

Gleiches gilt für die Vorlage eines Konzeptes zur Prävention von Wohnungslosigkeit und die Errichtung von Hygienecentern und Krankenwohnungen.

Unsere Koalition ist gut ein Jahr im Amt. Viele haben daran gezweifelt, ob das zwischen SPD und CDU gut geht und vor allem, wie lange diese Koalition hält. Ich stelle fest, wir haben in den ersten zwölf Monaten im Sozialbereich bereits ganz viele Punkte umgesetzt und angeschoben. Wenn wir in dieser Geschwindigkeit fortfahren, wären vorgezogene Neuwahlen wegen vorzeitiger Abarbeitung der Koalitionsvereinbarung jedenfalls eine ganz neue Variante.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Angst: Allein die Schulgeldfreiheit für Physiotherapeuten und die Einrichtung der Enquetekommission zeigen: Wir haben auch gemeinsame Ideen außerhalb der Koalitionsvereinbarung.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Volker Meyer und seinem Arbeitskreis für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich bedanke mich aber auch bei den anderen Kollegen im Sozialausschuss für die teilweise ebenfalls sehr gute Zusammenarbeit.

Wir kreuzen hier zwar auch hin und wieder die Klängen, gegebenenfalls auch hart in der Sache, aber im Grundkonsens sind wir uns sehr häufig einig - vielleicht kein schlechtes Beispiel für eine vernünftige Streitkultur und unser Beitrag gegen Politikverdrossenheit!

In diesem Sinne hoffe ich auf eine Fortsetzung dieses Arbeitsstils im neuen Jahr und wünsche uns allen zunächst ein gesundes und friedliches Weihnachtsfest.

Vielen Dank.